

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1922**

85 (10.4.1922)

# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Preis: Durch unsere Träger zugestellt 20 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 20 M.; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruhern Ablagen abgeholt 18 M. monatlich. — Einlegeempfehlung 1 M.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 2.40 M., auswärts 2.80 M. Die Reklamezeile 7.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Die Staatenkonferenz in Genua

Vorbereitungen

**Genova, 9. April.** (Spezialbericht des Vertreters des VTB in Genua.) Gestern abend wurde eine Konferenz zwischen den italienischen Ministern Schanzer und de Facta und Lloyd George abgehalten, in der, wie man annimmt, der Verkauf der morgigen Eröffnungssitzung festgelegt worden ist. Wie bekannt, wird Ministerpräsident de Facta die Eröffnungsrede halten, worauf Lloyd George als Vater der Konferenz antwortet und den Antrag stellt, daß de Facta auch weiterhin die Leitung der Konferenz übernimmt. Die Verteilung der Sätze ist in der Weise geregelt, daß an einer Art Präsidialität die fünf einladenden Mächte, die an der Konferenz von Cannes teilgenommen haben, sitzen werden. Die übrigen Teilnehmer haben ihre Plätze an zwei langen Tischen und sind in alphabetischer Reihenfolge noch in zwei Gruppen geteilt. Die deutschen Delegierten sitzen am Ende des längsten Tisches zunächst dem Präsidialtisch. Mit den Vorläufern der deutschen Delegation ist gestern abend auch die holländische Delegation eingetroffen.

Die Vorkonferenzen der Neutralen in der Schweiz

**Bern, 8. April.** (Schweiz. Depeschen-Agentur.) Die Konferenz der Experten Dänemarks, der Niederlande, Schwedens, Norwegens, Spaniens und der Schweiz haben in mehreren Sitzungen die meisten Fragen behandelt, die Gegenstand der Beratungen auf der Konferenz von Genua bilden werden. Sie hat festgestellt, daß die wirtschaftliche Lage Europas sehr ernst ist und daß alle Anstrengungen gemacht werden müßten, damit die Konferenz von Genua zu positiven Ergebnissen gelangt. Es ist zu bemerken, daß die Konferenz von Genua bestimmte Lösungen für die Probleme sucht, um bereitwillig sie zusammengegriffen worden ist. Die Konferenz der Experten hat auch die russischen Fragen besprochen und die große Bedeutung festgestellt, die ihr zukommt. Unter den finanziellen Problemen wurden der Währungs- und Kreditfrage besondere Beachtung entgegen gebracht. Dieser Expertenkonferenz, die den Charakter einer vorbereitenden Zusammenkunft besitzt, wird eine Konferenz der Delegierten folgen.

**Bern, 8. April.** (Schweiz. Depeschen-Agentur.) Am Samstag traten die von Dänemark, den Niederlanden, Norwegen, Schweden, Spanien und der Schweiz auf die Konferenz von Genua abgeordneten Delegierten und Sachverständigen zusammen. Der Bundespräsident entbot ihnen den Gruß und Willkommen des Bundesrates. Er erklärte, die Neutralen seien in Bern zu einem Meinungsaustausch zusammengetreten, nicht um Sonderbestimmungen zu verwerfen, oder in der Absicht, sich gegen irgend jemand zusammenzusetzen, sondern um mitzuarbeiten mit denen, die guten Willens sind. Mögen unsere Bemühungen von Erfolg gekrönt sein, wie sie es verdienen.

Die Haltung der Neutralen in Genua

**Bern, 8. April.** Der Vorsteher des schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements, Bundesrat Schulthess, einer der beiden Delegierten der Schweiz für die Genuaer Konferenz, äußerte sich heute über die in Bern stattfindende Konferenz der Neutralen u. a. wie folgt: Die Bedeutung der Zusammenkunft von Experten und Delegierten der nördlichen Länder, Holland und Spaniens darf nicht unterschätzt werden. Die Fühlungnahme ist höchlich geachtet, die moralische Stellung der am Kriege nicht beteiligten westlichen Länder zu klären, und sie hat überdies erwiesen, wieviel Verührungspunkte, ja sogar gemeinsame Interessen bestehen. Auf der Konferenz von Genua werden wir keinen geschlossenen Block bilden, sondern uns nur bestreben, mit allen übrigen Teilnehmern den Erfolg der Konferenz zu fördern. Wir Schweizer verfügen zur Stunde noch nicht über die wünschenswerten Aufklärungen über die Absichten der die Konferenz einladenden Mächte in Genua und erwarten zunächst ihre Anregungen. Wir werden uns nicht wehren, aber es kann auch eine Lage entstehen, in der die Auffassung der Schweizer klar und deutlich geäußert werden muß; denn es handelt sich nicht nur um das Schicksal der Großen, sondern aller, und deshalb haben auch die Kleinen nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, sich vernünftig zu lassen. In der Konferenz selbst konnte eine erste praktische Einklimmung der Ansichten der Delegationen auf die großen Linien festgestellt werden.

### Ist noch eine deutsch-französische Annäherung möglich?

(Zur Tagung in Genua)

Daß das in der Hauptmasse seiner Bevölkerung so arm gewordene Deutschland nicht einmal die Ausgleichung seiner inneren Finanzwirtschaft, geschweige denn die auswärtigen Kriegsschadenslasten aus seinem laufenden Einkommen bezahlen kann, darüber herrscht kein Streit mehr. Im Reichstag hat man bis zuletzt geglaubt, die fehlenden Mittel durch eine Zwangsanleihe beschaffen zu können. Es ist aber vorzuziehen, daß auch dieser Weg nicht aus den Schwierigkeiten herausführt, weil er ja doch schließlich nur eine neue Belastung des deutschen Haushalts bedeuten muß, wenn auch mit noch so weit hinausgeschobenen Zinstermen. Der finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats hat dann auch nach sorgfältiger Prüfung ihrer wahrscheinlichen Wirkung die Zwangsanleihe entschieden abgelehnt, weil sie weder das Gleichgewicht im Haushalt herstellen, noch die verhängnisvolle Notendrucker einschränken könne. Die deutsche Presse, soweit man auf ihr Finanzurteil etwas geben darf, hat sich diesem Urteil mehr oder weniger angeschlossen.

Da ist es sehr zu begrüßen, daß die im Januar dieses Jahres von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Fabund, sowie von der SPD. und USPD. eingesetzte Kommission zur besonderen Bearbeitung der Frage der Sachwerte ihre Beratungen wieder aufgenommen hat und in diesem neu geschaffenen Organ Arbeit zu schaffen sucht über die geldgeberischen Mittel, die aus der Mitte der beiden sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften mit dem ganzen Nachdruck der Millionen Arbeiter, die hinter ihnen stehen, in allerleichter Stunde und höchster Not, vorgeschlagen werden können, um statt des ungenügenden Volkseinkommens diejenigen deutschen Kapitalbestände zu erfassen, die als sogenannte Gold- und Sachwerte der allgemeinen Geldentwertung entgangen sind und aus deren ungeheuren Wertsteigerung die Beträge, die wir brauchen, entnommen werden können. Man kann annehmen, daß die Kommission bestrebt sein wird, in aller nächster Zeit Vorschläge zu machen, die in unmittelbarer Praxis überlegt werden können, denn das hat bisher gefehlt.

Selbstverständlich wird die Kommission in erster Linie daran denken, zu erzielen, was durch das irrierte Mittel der Zwangsanleihe erzielt werden sollte: das Gleichgewicht im Reichshaushalt und den Abbau unserer Schuldenwirtschaft, wodurch allein unsere Kreditlosigkeit beseitigt, die Notenpresse stillgelegt, und das unaufhaltsame Sinken unserer Valuta, sowie die damit unmittelbar verbundene Preissteigerung und fortwährende Unruhe auf dem Geschäfts-, Lohn- und Gehaltsmarkt gestoppt und allmählich gehoben werden könnte. Von dieser inneren Solidifizierung aus würde dann gewissenhafterweise zur Lösung der Reparationsfragen fortgeschritten werden können. Nur wer sich bemüht, zuerst die innere deutsche Finanzlage zu sanieren, kann unseren Kriegsgläubigern eine solide und dauerhafte Grundlage für vernünftig bemessene Reparationszahlungen bieten. Umgekehrt wird die Entente desto lieber und rascher auf eine den Verhältnissen entsprechende Begrenzung unserer Entschädigungsleistungen einsehen, je deutlicher wir dokumentieren, daß wir die besten Vorbedingungen für Sicherheit, Regelmäßigkeit und Pünktlichkeit solcher Leistungen in unserer eigenen Wirtschaft zu schaffen suchen.

Darf man es nun als eine wichtige Wendung zu einer solchen deutsch-französischen Annäherung in den Wirtschaftsfragen, die uns alle bedrücken, ansehen, wenn sich in dem französischen Parlament Kräfte regen, die, wenn auch noch nicht ganz, so doch grobenteils in der gleichen Richtung streben? Der südfranzösische Abgeordnete Paul Renaud, Vertreter eines Wahlbezirks der unteren Abtergegend, veröffentlicht in der Pariser Presse Stellungnahmen und Gedankengänge, die er auf einer Informationsreise in Deutschland gewonnen hat. Der Pariser „Matin“ vom 14. v. Wts. bringt sie als leitenden Aufsatz. Niemand beginnt mit einer scharfen Kritik der falschen Methoden, die man bisher gegen Deutschland angewendet habe und über deren Dilettantismus er gar keinen Zweifel läßt. Ebenso will er nach seinen Schlussätzen einer ehrlichen Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland aufstehen und dadurch die Atmosphäre der ganzen Welt reinigen, wie er sich ausdrückt. Er will, daß sich seine Landsleute nicht leidenschaftlich erregen, sondern die Lage Deutschlands verstehen und danach handeln lernen. Wenn man sich im Interesse einer praktischen Lösung gegenseitig annähern wollte, so müsse das französische Publikum vor allem den Irrtum aufgeben, daß Deutschland wirtschaftlich gedeihe und den Dank nur betrügerisch vorbügeln. In Wirklichkeit exportiere Deutschland weniger, als es einführe, und

**Paris, 9. April.** (Agence Havas.) Aus Genua wird berichtet: Bei der Vorbereitungsphase zwischen den Führern der britischen, italienischen, japanischen und französischen Abordnung wurde keine der Hauptfragen angeschnitten. Die Frage der von den Sowjets zu fordernden Sicherheiten wird später erörtert werden. Die alliierten Abgeordneten haben die Orte der Zusammenkünfte, die den Abgeordneten zugewiesenen Plätze und die Ernennung der Ausschüsse geregelt. Anschließend hergeht unter den Alliierten allgemein der Wunsch, nur wenig Verhandlungen abzuhalten, sondern sofort die Ausschüsse ihre Tätigkeit aufnehmen zu lassen. Hierbei erklärte Barthou, die französische Abordnung sei weit davon entfernt, eine Haltung einzunehmen, die alles in die Länge ziehe, sondern sie sei im Gegenteil von dem Wunsche befehle, an dem Werke der Konferenz aufrechtzuerhalten zu sein und in allen Einzelheiten mitzuarbeiten.

Von der deutschen Delegation

**Genova, 9. April.** Die deutsche Delegation unter Führung des Reichsfinanzministers Dr. Wirth ist heute abend hier eingetroffen. Am Morgen nach ihrer Ankunft im Hotel ergründeten die Reichsminister und beim Außenminister Schanzer die Ministerpräsident de Facta und der Außenminister Schanzer zu einer längeren Besprechung über das Programm der Konferenz, über die Kommissionsbildung und die zu haltenden Reden. Voraussichtlich wird der Reichsminister Dr. Wirth in der Diskussionsmorgen das Wort ergreifen.

**Berlin, 8. April.** (Telegraphen-Telegramm.) Reichsminister des Innern, Dr. Rathenau, erklärte auf dem Bahnhof vor seiner Abreise nach Genua einem Mitarbeiter des „Tagewortes“: Wir gehen mit dem ersten Willen aus, fruchtbarsten Arbeit und mit neuen Hoffnungen nach Genua. Aber ich möchte nicht, daß die Hoffnung im Grunde zu weit geht, denn auf zu weit gehende Hoffnungen können leicht Rückschläge erfolgen. Genua kann der Anfang zu einer Reihe gleichartiger Konferenzen sein mit dem Ziel des Wiederaufbaues der Welt.

### Die Waffenlager der deutschnationalistischen Reaktion

Schweres Explosionsunglück

**Wetzlar, 9. April.** Von authentischer Seite wird folgende Schilderung über ein Explosionsunglück in Gleiwitz gegeben: Als heute kurz nach 12 Uhr auf dem alten Fürtentisch französischer Besatzungstruppen in einer alten Gruft unter der Kapelle nach Waffen suchten, die dort versteckt sein sollten, stiegen sie auf Wägen, die in die Luft flogen, wobei 15 Franzosen zu tot gekommen und 10 schwer verletzt worden sind. Die Kapelle ist vollständig vernichtet. Abordnungen sämtlicher alliierter Besatzungstruppen begaben sich an die Unfallstelle zur Untersuchung des Tatbestandes. Auf Anordnung der internationalen Kommission ist um 6 Uhr eine öffentliche Trauer in Gleiwitz bestimmt.

Eine weitere Meldung aus Schlesien lautet:

Ein geheimes Munitionslager wurde in Niederböhmen durch einen Brand durch unsere Genossen entdeckt. Das Lager befindet sich auf dem in nächster Nähe des Dorfes gelegenen Hofschänke. Der Lagerraum ist eine Schießhalle des Schützenvereins 100 Jänner Granaten geschätzt und besteht in der Hauptache aus Panzergrenaten. Das sofort benachrichtigte Oberpräsidium hat die Ausschaltung veranlaßt.

In beiden Fällen handelt es sich um geheime Waffenlager der deutschnationalistischen und hakenkreuzerischen Wärdverbände. Dieses nationalistische Gesindel richtet uns täglich schwersten Schaden an. An dem verbrecherischen Streben der deutschnationalistischen Wärdverbände stärkt sich fortgesetzt der französische Militarismus. Die Explosion in Gleiwitz wird auf die Konferenz in Genua sehr mächtige Wirkung haben und sie wird der Regierung Poincarés erlaubte Gelegenheit zu neuen Repressalien gegen Deutschland geben. Frankreich wird ungeheure Summen als Entschädigung für die Opfer der Explosion fordern, die das nicht ein, wiewohl ein Unlück das deutschnationalistische Treiben für das Reich und das Volk war und täglich immer erneuert es noch ist.

### Sozialdemokratischer Protest gegen die deutschnationalistischen Reichszerrörer in Bayern

**München, 7. April.** (Eigener Bericht.) Genosse Dill leitete in der Landtagsdebatte über den Etat des Ministeriums des Innern namens der Partei die Mittel für die bayerische Gewerkschaft beim päpstlichen Stuhl und das Gehalt des Ministerpräsidenten ab. Bayern dürfe keine selbständige Außenpolitik treiben. Das Ministerium des Innern sei völlig überflüssig. Er lege sich zu der Frage veranlaßt, welche Beziehungen heute noch beständen zwischen bayerischen Polizeibeamten, den Nationalsozialisten und gewissen Geheimorganisationen. Die Meinung des Ministerpräsidenten, die Spitze bedienten sich der Antiparteien als Jutträger, müsse er für seine Partei entschieden zurückweisen.

Die Aulassung der bayerischen Deutschnationalen sei geradezu unannehmlich. Hier habe das heimliche Vernehmen des Ministerpräsidenten für die Reichseinheit und die Tatfakte, daß endlich einmal wieder im bayerischen Landtag ein vernünftiger Staatsmann die Beziehungen gegen veramtliche Reichsminister zurückgewiesen habe, wühlend genickt.

Schärfster Protest müssen wir erheben gegen die Umtriebe des bayerischen Ordnungsblocks. Derselbe verlange in einem Auftrug, daß sich Bayern von Berlin unabhängig mache. Da aber der Wirtschaftsbedarf in Bayern nicht ausreiche, müsse es sich, so heißt es in dem Auftrug, an eine Großmacht anstellen, die die Lieferung der fehlenden Existenzmittel gewährleisten. Diese Großmacht könne nur Frankreich sein. Man entschuldige sich damit, daß die Rheinbundstaaten lehrerzeit ebenso gehandelt hätten. Tatsächlich seien in diesem Sinne inoffizielle Verbindungen mit französischen Vertretern geführt worden. Die bayerische Arbeiterschaft werde alles daransetzen, diesen Verrat an der Reichseinheit mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern.

Erhöhung der Kleinrentnerhilfe

Im Hauptauschuss des Reichstages wurden bei Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums die mit 200 Millionen Mark eingeleiteten Bezüge der Kleinrentner auf 500 Millionen Mark erhöht.

Solange es diese positive Handelsbilanz bestimme, könne es Frankreich nicht aus seinem Einkommen entschädigen. Diese also nur der Ausweg, auf die deutsche Vertriebskraft zurückzugreifen und daraus die Mittel für ein beide Teile befriedigendes Arrangement zu nehmen. Der französische Abgeordnete schreibt nun wörtlich weiter:

„Werden die Großindustriellen, die in Deutschland allmächtig sind, Widerstand leisten? Dann sollte man ihnen klar die zwei Wege zeigen, die ihnen offen stehen. Der erste führt zur Aufhebung des Friedensvertrags; sie haben ihn schon verletzt. Aber er bedeutet das fortwährende Sinken der Mark, die Aussicht auf soziale Erschütterungen, die schreckliche Möglichkeit eines bevorstehenden Einbruchs... wenn gewisse englische Kreise in Berlin die Deutschen in dieser Hinsicht beruhigen zu können glauben, so werden diese gut daran tun, sich gewärtig zu halten, daß die Urheber solcher Trostes ihnen zwar Rat schläge, aber kein Geld geben werden. Der zweite Weg führt zu einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland. Aus dieser Verständigung heraus würde man logischerweise zu gegenseitigen Handelsvereinbarungen kommen, zu Entschädigungen für Kohlen und Erzabbau, zu Verträgen über die Kupferpreise und zu Verabredungen über die Bewirtschaftung Rußlands, deren erste Ergebnisse zur Amortisation der russischen Schulden an Frankreich verwendet würden, sowie endlich zu einem Staatsvertrag mit gegenseitigen Sicherheitsfür den Schutz unserer Grenzen. Wissen wir denn nicht, daß Deutschland Kohle, Eisen und Kali 30 Prozent billiger produziert, als wir, und sollten wir nicht endlich damit beginnen, ehe wir an den Wiederaufbau unserer Industrieanlagen gehen, lieber flugerweise etwas dafür zu tun, daß unsere Erzeugnisse sichern Absatz haben werden? Dann könnten die Sanktionen aufgehoben und die Besatzungstruppen in den Rheinländern auf die Hälfte heruntersetzt werden. Deutschland würde dann seine Finanzen in Ordnung bringen, seine Mark stabilisieren und die begründete Aussicht haben, ihren Wert allmählich wieder nach dem alten Paritätsstand anzuführen... und wir könnten unsere Mittelstaaten beibringen, ehe uns der Stand unserer Finanzen dazu zwingt... wir könnten nach Genua gehen und dort Besseres tun, als eine laute und zwecklose Demonstration zu veranstalten. Der englische Handel würde wieder aufleben; Amerika würde bereiten, daß jetzt keine Stunde für die friedliche Entwicklung gekommen ist, wie sie einst kam für seine Beteiligung am Krieg! Die Welt blüht unruhig und vorwärts auf uns. Wir sind Sieger; aber das bedeutet auch für uns die Pflicht, zu überlegen, Vorschläge zu machen und diese Vorschläge durchzuführen.“

Es ist klar, daß es sich um einen bürgerlich radikalen Kladderadatsch handelt, der den Mut hat, in Frankreich so zu sprechen. Wir deutschen Sozialisten sollten ihn nicht abtun, wie die Stimmepresse, sondern wir sollten ihm antworten, daß wir volle Verständnis und freudiges Empfinden für die Art haben, mit der er wirtschaftlich klug und politisch warmherzig für die deutsch-französische Annäherung zu wirken versucht. Wir wollen ihn und die französische Öffentlichkeit ganz ausdrücklich auf die Tatsache hinweisen, daß die Steuerkommission unserer Gewerkschaften und der beiden sozialistischen Parteien jüst in demselben Augen und mit demselben heißen Bemühen, sowie aus ähnlichen Erkenntnissen heraus, einen Weg zur finanziellen Stärkung Deutschlands sucht, die es in den Stand setzt, sein Teil zum Aufbau und zur Befriedigung der Welt beizutragen. Nur geht allerdings für uns der Weg zur Reparation über die Wiederherstellung unserer eigenen wirtschaftlichen Kraft. Der französische Abgeordnete will die Sachwerte und Vermögenssubstanzen, durch deren Erfassung unser Staatschatz zu gemeinwirtschaftlichen Zwecken auszustatten wäre, nicht in diesen Staatschatz, sondern direkt in die Kasse der Reparationskommission überführen. Die Steuerkommission unserer Gewerkschaften berät darüber, wie man die Erfassung der Goldwerte organisieren könnte, um durch sie ein dauerndes und gemüßbringendes Guthaben des Reiches bei Industrie, Landwirtschaft, Verkehr und Handelsunternehmen herzustellen. Das Reich soll mit bestimmten Aktienanteilen bei der Industrie beteiligt sein und dadurch viel mehr im Sinne einer kräftigen Reparation leisten, als wenn die Sachwerte nach dem französischen Vorschlag in die internationale Reparationskasse verschwinden. Sollte man nicht so gutwilligen Franzosen, wie es anscheinend Paul Reynaud ist, sowie seinen Freunden klarmachen können, daß die Beteiligung des deutschen Reiches an Industrie und Landwirtschaft noch ganz andere Wirkungen für die deutsche

Zahlungsfähigkeit erzielen kann als ihr Vorschlag? Wenn die Beteiligung des Reiches an den Sachwerten eingeschaltet wird, so erwächst eine Fülle von Möglichkeiten, die deutsche Wirtschaft zu beeinflussen, im Sinne der Produktion und des Handels für den notwendigen Bedarf und gegen den überflüssigen Luxusverbrauch, ferner im Sinne der besseren technischen Ausstattung unserer Industrien für Bedarfsnotwendigkeiten und zu Zwecken der Rationalisierung und Typisierung. Und wie denkt sich Reynaud die Stilllegung der deutschen Notendruckpresse, die Stabilisierung der Mark und die Verhütung weiterer wahnwitziger Preissteigerungen, wenn der deutsche Staatschatz die Erträge der Beteiligung an den Sachwerten nicht benutzen könnte zur Einrichtung eines geordneten deutschen Staatschatzdienstes? Hier müssen und können sich französische und deutsche Vorkarrieren für eine endliche Lösung der Reparationschwierigkeiten begehen und ergötzen.

Eine halbamtliche deutsche Mitteilung hat uns wissen lassen, daß die 80 Vertreter der deutschen Regierung nach Genua gehen sollen, ohne einen gereiften Vorschlag zur Verständigung in der Hand, in der Hauptsache nur mit dem sachlichen Material beauftragt zur eingehenden Information der Entente. Darauf hat jetzt die französische Delegation die Reparationskommission bei ihren Verhandlungen in Paris mit einer neuen Denkschrift überzogen, in der eine wirksame Kontrolle der deutschen Finanzen durch die Alliierten, die Balanzierung seines Budgets, die Stilllegung der Notendruckpresse, neue Steuern und innere Anleihen verlangt werden. Der Augen hat, zu sehen und hören, zu hören, der entnimmt daraus, daß wir nicht vor dem allerletzten Augenblick stehen, in dem wir gerade noch selbständig über die Ordnung unserer Finanzen verfügen. Sollten wir deshalb in Genua nicht etwas mehr tun, als die deutsche Regierung plant? Es ist die allerletzte Gelegenheit!

Nach welcher Richtung Vorschläge möglich wären, das haben wir unter dem Zeichen der deutsch-französischen Annäherung darzulegen versucht, die sich ganz außerhalb der beiderseitigen Regierungen erst noch sehr leise und zaghaft auf gewisse Kreise in beiden Ländern beschränkt anzubahnen beginnt. Aber lassen sich solche Anfänge nicht klug benutzen, pflegen und ausbauen?

### Badische Politik

**Der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung**  
hat am Donnerstag, 6. April, vor- und nachmittags eine Sitzung abgehalten. Behandelt wurde die Eingabe der vertragsmäßig angestellten Kommisare im Verwaltungsverfahren Baden. Berichterstatter Abg. Müllert führte aus, daß es sich bei den Geschicklichen überwiegen um Kriegsbeschädigte, Seeresangehörige handle, die nach beendeten Kriegen bei der Reichswehr waren und infolge des Abbaues derselben in den Reichsdienst übergetreten sind. Da früher gegebene Zusagen noch nicht erfüllt worden seien, beantragte er empfehlende Heberweisung. Der Ausschuss stimmte demgemäß. Das Geschäft Krammes wegen Rechtspflege wurde nach § 49 der Geschäftsordnung als ungenügend zur Beratung bezeichnet. Ebenso ein Geschäft des Allhandelsdirektors. Ein weiteres Geschäft des Hofes Altschweidhera wegen Rechtspflege wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Eine mehrstündige Aussprache führte der Antrag Schmidt-Wretten, die Bildung von Schlichtungsausschüssen betr. herbei. Der Antrag will, daß in der auf Grund der Gemeindeordnung zu erlassenden Verordnung über die Bildung von Schlichtungsausschüssen bestimmt wird, daß die von den Gemeinden in die Schlichtungsausschüsse zu entsendenden Gemeindevorsteher nicht Gehaltsempfänger der Gemeinden sein dürfen, und die Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse Staatsbeamte sein müssen. Berichterstatter hierzu war Abg. Schneider-Heidelberg. Er führte aus, daß die überwiegende Mehrheit der gemeindlichen Vorsteher in allen Schlichtungsausschüssen Bürgermeister sind. Der Regierungsvorsteher trat für den jetzigen Zustand ein. Der Vorsitzende des Landes-Schlichtungsausschusses, Abg. Schöna, hielt eine Aenderung ebenfalls für unnötig, während von Zentrumsseite eine Veränderung verlangt wurde. Von sozialdemokratischer Seite wurde erklärt, daß man den Antrag nicht aufnehme. Bei der Abstimmung wurde ein Generalantrag des Zentrums in seinem ersten Teil angenommen, wonach die Mehrheit der von den Gemeinden in die Schlichtungsausschüsse zu entsendenden Gemeindevorsteher nicht Gehaltsempfänger sein dürfen. Der zweite Teil, der als Vorbehalt nur zum Richteramt befähigte Staatsbeamte zulassen wollte, wurde abgelehnt.

Die Anträge, welche beim Fürsorgegesetz für Gemeindevorsteher und Körperbeschäftigte anstelle des Prämienverfahrens des Umfrageverfahrens sehen und das Gesetz den veränderten Verhältnissen anpassen wollen, fanden von allen Parteien Unterstützung. Der Ausschuss nahm einstimmig hierzu den Antrag des Berichterstatters Abg. Kaufmann an: Die Regierung zu ersuchen, nach Anhörung der Anstellungsgemeinden (§ 8 Abs. 1 Fürsorgegesetz) und der Verteilung der Verteilung dem Landtag alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher anstelle des in Abschnitt IV vorgesehene Verfahren des Umfrageverfahrens vorsieht. Der Inhalt der Gesetzesvorlage soll insbesondere auf die dringend nötige Erhöhung der Einkommenszuschläge und der damit verbundenen Erhöhung der Leistungen Rücksicht nehmen.

### Nachmal's Papierholz

Man schreibt uns: Der Veröffentlichung des Vereins für westdeutsche Zeitungsverleger betr. Papierholzausfuhr hat das Ministerium des Innern die abschließende Bemerkung beifügen lassen, daß Herr Minister Nimmmele im Landtag von dem folgenden Ausfuhr des Papierholzes Mitteilung gemacht habe, ohne daß an dieser Maßnahme der Regierung von irgend einer Seite Kritik geübt worden wäre. Der Verein erhebt seinerseits erst Kenntnis von den in der 36. Sitzung des Landtags gemachten Ausführungen des Ministers. Es waren, das muß festgestellt werden, so gehalten, daß eine Kritik dieser Maßnahme, ohne über den Fall genau unterrichtet zu sein, kaum sofort erfolgen konnte. Wenn auch die Bemühungen des Staats, die Ausfuhr von Papierholz zu mildern, Anerkennung verdienen, so kann damit die Ausfuhr einer sehr erheblichen Menge Papierholz nicht ohne weiteres aufgehoben werden. Es bleibt bestehen, daß durch die Papierholzausfuhr die bodischen Ministeriums des Innern die Zellulose und damit die Papierfabrikation Süddeutschlands schwer geschädigt werden ist und die Rückwirkung auf die Preise für Zeitungspapier nicht ausbleiben wird. Es muß daher alles geschehen, um die Ausfuhr der noch in Frage stehenden 15 000 Tm. unter allen Umständen zu verhindern. Auch der Landtag hat hier um ein ernstes Wort nicht herumkommen, nachdem ihm inwiefern die nötige Aufklärung gütlich gemeldet ist, und noch weiter erfolgen wird.

Wäre die Zeitungsnote, wozu bekanntlich auch die Papiernot gehört, nicht eine so ungeheuerliche, mühte nicht die gesamte Reichsregierung einschließlich aller Landesregierungen von derartigen und von den unabhägigen Bemühungen der Verlegerorganisationen, die Katastrophe mit Hilfe der Regierung abzuwenden, dann wäre in etwa die Ausfuhr zur Tilgung von Barlatafchulden zu verstehen, angesichts der trostlosen Lage der Zeitungen ist und bleibt diese Maßnahme der Regierung einfach unverständlich und unerhörl! Daran ändern alle Mitteilungen von „zuständiger Seite“ nichts.

### Die „Badische Landeszeitung“ in dieht der öffentlichen Meinung

Gleich uns hat auch der „Badische Beobachter“ die merkwürdige Journalistik der „Badischen Landeszeitung“ in dieht der öffentlichen Meinung gewiesen, indem er die Landtagsberichterstattung dieses Landtagsorgans als Karikatur einer objektiven Berichterstattung bezeichnet. Im Anschluß an unsere Charakterisierung der „Badischen Landeszeitung“ schreibt nun der „Badische Beobachter“:

„Vielleicht ist es auf die „Bad. Landeszeitung“ nicht ohne Grund, daß sie von der sieben Seiten des Blattes daselbst gesagt wird. Vielleicht ist man dort aber auch der Meinung, daß die Schuld nicht an ihr, sondern an den Kritikern liegt. In diesem Fall möchten wir sie nur fragen, wozu sie sich zur Zeit eigentlich politisch recknet. Das weiß nämlich niemand, nicht einmal die, deren Organ sie neuerdings gemorden ist. Interessant wäre es, zu erfahren, ob sie selbst sich darüber klar ist. Bei voller Ehrlichkeit gegen sich selbst wird ihre Genesenerforschung unter diesem Gesichtspunkt zweifellos von Nutzen sein.“

Angesichts der starken täglichen Wankungen wird die wirtschaftlich orientierte „Badische Landeszeitung“ diese Frage wohl allzu indiskret finden, um sie eindeutig zu beantworten.

### Abg. Dr. Schöfer und „die große Koalition“

In einer Zentrumsversammlung in Dörrach befaßte sich der Führer des badischen Zentrums, Abg. Dr. Schöfer, des längeren mit der auch von uns erörterten sehr merkwürdigen Vorbehalter Rede des Chefs der liberalen Volkspartei Baden, Abg. Dr. Weber, die er mit seiner Ironie unter Hinweis auf die nationalliberale Sorenszeit verpflichtete. Zum Schluß kam dann noch Herr Abg. Dr. Schöfer auf die große Koalition zu sprechen, wobei er ausführte:

### Das Winkelquartett

Eine komische Kleinstadgeschichte  
Von Anna Croissant-Ruß  
(Fortsetzung.)

Und in dem bewachten und empfänglichen Herzen ging der Enthusiasmus wieder auf. Da war jemand, der sie anerkannte, endlich wieder einmal!

Der Vater beachtete ihren geistigen Drang gar nicht mehr, ja belächelte sie zu Zeiten, die Tante hatte für ihre leiseren Qualitäten kein Verständnis und Lina, die sie so ausgiebig verehrt hatte, war seit längerer Zeit schon fort, in ihre Heimat zurückgekehrt. Die alte Hauskammer, ihre zweite Mutter, war gestorben, allein brachte sich die Lina in der Stadt nicht fort, sie war zu langsam und zu träumerisch, was blieb ihr übrig, als auf das Land überzugehen und den Bauern eine Kenntnis im Kleidermachen nach neuester Methode und Façon vorzumachen, die sie nicht besaß?

Der Abschied von der guten alten Winkelincline hatte beim Rosinchen eine wunde Stelle zurückgelassen, und diese wunde Stelle — nein darüber gab sich die kleine Dame in dem grauen Wickel in Aaron Wains Geschäft, die vor ein paar Stunden noch recht grämlich und bedrohlich ausgesehen und nun rote Wädhchen trug, keine Wachenhaft.

Sie schloß sich nur zum höchsten Erkantoren der alten Tante pöthlich gedrängt, ein Wädhchen in die schöne Frühlingsabendluft hinausgehen.

„Wädhchen, mein Kind?“ — die Alte sagte jetzt nicht mehr Stimmendlichkeit, denn es würde doch selbst der alten Tante allzu hyperbolisch geklungen haben — „was brauchst du frische Luft?“

Das war doch im Hause Wain nicht Sitte. Auch der Dale Aaron streckte den Kopf aus der Türe des Nebenzimmers, die Pönnbrille auf den Nasenlöchern.

„Was hat sie? Spazieren will sie heut noch gehn? Stuhl! Setzt sich nur noch, du willst keine a Bad! Solche Pönnen!“

Das war eine ganze Umwälzung im Programm des Rosinchen Danies. Ein Spaziergang am Markt! Ein Spaziergang am Abend! Sollte man noch vor demselben essen oder danach? Es wurde immer schwieriger, mit dem Kind umzugehen.

Das Rosinchen hatte inzwischen Toilette gemacht, das graue Kleid ab — ein grünes — es liebte noch immer Grün — angelegt, den großen Herrentasche aufgesetzt — auch dies Façon bevorzugte es noch immer — und wandelte nun, ohne sich um die Rot der Tante zu kümmern, von der Frühlingsluft weicher getimmt, durch die Gassen.

Wie lange war es nicht mehr um diese Zeit außer dem Hause gewesen! Der Abend war mild, und vor den Türen sahen und standen Leute, die halbalt schwachen.

Gegen Westen hing noch ein Streifen hellen Tages, aber am Ende der Straße über dem Marktplatz gegen den Hügel zu, der die Wallfahrtskirche trug, war der Himmel schon nasslich. Ein mähiger Wind, der noch von sonnendurchwärmten Orten kam, brachte herbe Däfte wie von jungen Rappelfläthern, den ersten Kaffentriebeln, vermischt mit dem Geruch des Fließes, der an den Abhängen des Stadtbereichs verheilt, in Maß bläute. Der Marktplatz lag groß und still, mächtig saßen die Kassen der St. Martinstraße auf. Nur einzelne Fenster der hohen Häuser, die enggedrängt den Platz umstanden, waren schon erleuchtet, an diesen sah man trotz des Dunkelns deutlich die ersten Vorkämpfer, die sich im Nachwind bewegten. Und als hinter den immer spärlicher werdenden Konturen des langgestreckten Berges ein heller Schein heller und heller wurde, als der Vollmond endlich wie ein riesiger silberner Ballon sich über die Silhouette der Tannen hob — schwebte — und es wie flüssiges Silber überall herunterrieselte, von Dach und Giebel, von Baum und Berg, als alles in ein zerkührendes, fast märchenhaftes Licht getaucht war, und der hintere Markt als hellbetretener Wehner stumm am Rosinchen vorbeischiebte, der Pforte von St. Martin zu, und bald darauf die ersten Töne des Gebellens von dem Turme kamen, während da und dort die andern Glöden einsielen, da wollte es dem Rosinchen ganz schwärmerisch zu Mute werden. Es blieb sogar vor dem alten Rathaus mit seinem gotischen Zadenriegel stehen, es sah zu schön aus, wie das weiße Mondlicht förmlich aus den Lindenbäumen troff — wie a Theaterdekolation, dachte das Rosinchen, aber es verlor seinen Blick deshalb nicht aus dem Auge. Schon stand es der Breitseite des Rathauses gegenüber.

Zuerst kam ein großes Tor, dann ein schmales Fenster, in dem noch Licht war, daneben eine finstere Wölkentüre, das Geckippe eines primitiven Stabes, und darüber eine hinaufgezogene Markise, Schauplatz des Großhandels von Mama Bedi

Glode. Daneben, etwas erhöht, ein Gemälde mit einem sphingoiden Schaufenfer, dann, abermals ansteigend eine Gemälde, und, sphingoid, ein Schaufenfer wie das vorige, aber Fenster und Türe ein großes rotes Zinnenbild (das erste rote im Stadtbereich) mit weißen, nach rückwärts geneigten Buchstaben: Jean Nefferts Hofpöler.

„Hein!“ sagte das Rosinchen unwillkürlich. Am Ende des Rathauses kam dann die Wohnung, ein schmales Portiere, weil die Eingangstüre — Türe zum Paradies der sieben Auni — unüberhältnismäßig breit war, kam ein erster Stock mit vier Fenstern, alles in gutem Stand, fast größer als ihr Wohnhaus.

Hier lehrte das Rosinchen fröhs und hochbefrehtig um nur eine Frage qualte ihr Herz: „Wieviel Hypotheketen wird er darauf haben?“

Unter den letzten ausbimmelnden Klängen des Gebellens lehrte es durch die stiller gewordenen Gassen helm, hinter ihm der hintere Markt, der das Rosinchen wohl erkannte, der sich aber nicht zeigen wollte.

Nicht lange Zeit sah Paula Rosine Wain den Herrn Kammermeister Fritz Glode nicht mehr. Das Geschäft ging streng, wie immer in Lenz, wo den Leuten bei hellem Sonnenschein, und wenn andere gepözt durch die Straßen gingen, der vorjährige Staat recht schön vorkommen wollte, und jeder gern einen neuen Rock, auf dem Leib oder ein paar glänzende Stiefel, an den Hühen hatte.

Er ließ jetzt alles im Geschäft hängen, ersehen nur immer auf Augenblicke, zeigte sich den Stunden und verließ dann hinter der Türe mit dem gelbten Vorhang, wo noch immer das hohe Bult stand mit dem Drehsessel davor, den das Chlönnerndesche noch immer erlittenen mußte.

Das schmale Winterzimmer, in dem das Rosinchen den Drehsstuhl mit solcher Virtuosität hatte drehen lernen, übte nun eine Art magischer Anziehungskraft auf den alten Aaron aus.

„Was soll ich heute im Geschäft? Du machst's besser wie ich,“ sagte er dem Rosinchen.

(Fortsetzung folgt.)

# Der Badische Lehrerverein in Karlsruhe

Heute tritt der Badische Lehrerverein in unserer Stadt zu einer Hauptversammlung zusammen. Seit dem Jahre 1912 hat die im „Badischen Lehrerverein“ organisierte Volksschullehrerschaft des Landes Baden sich nicht mehr in einer großen Versammlung zusammengefunden. Die mehr als 7000 badischen Lehrer und Lehrerinnen, die sich in dieser Lehrergewerkschaft zur Vertretung ihrer beruflichen und wirtschaftlichen Interessen, darüber hinaus aber auch zur Vertretung der Interessen der Volksschule selbst, zusammengeschlossen haben, verkörpern einen so erheblich großen Teil der badischen Lehrerschaft, daß man wohl sagen darf, der Badische Lehrerverein ist die badische Lehrerschaft.

Es ist kein leichter und einfacher Weg gewesen, den der Badische Lehrerverein in den nun bald 10 Jahren seines Bestehens hat zurücklegen müssen. Hemmung innerer und äußerer Art waren in allen Zeiten genug vorhanden. Der alte Staat vor allem war es, der dem Aufstieg der Lehrerschaft der Volksschule mit tiefem Mißtrauen gegenüberstand. Wer die Geschichte nicht nur des Badischen, sondern auch des deutschen Lehrervereins kennt, der weiß, wie viele seiner Führer gelitten haben unter den Verfolgungen des alten Staates, wie schwer es war als Volksschullehrer ein freier Mann zu sein. Wer unter den älteren Lehrern denkt nicht heute des einstigen Führers der badischen Lehrerschaft, des im Herbst vorigen Jahres so rasch verstorbenen Ministerialrats Michael Rödel, den die Lehrer, namentlich in seiner großen Zeit, nie anders kannten als „unser Rödel“. Es ist ein Sinnbild für den Aufstieg der Volksschullehrerschaft, daß dieser Mann damals, als der alte Staat zusammenbrach, an leitende Stelle ins Ministerium berufen wurde — auch deshalb, weil er der Führer der Lehrerschaft war. Aber auf ein zweites Mächtigkeiten dabei hinweisen: dieser — nicht alles in allem — bedeutende Führer der Lehrerschaft war ein Sozialdemokrat. Er wußte ganz genau, daß die Sozialdemokratie die Partei ist, die auf Seiten der Lehrerschaft für freie Schule und für freie Lehrer kämpft. Heute steht an der Spitze des Badischen Lehrervereins der demokratische Abgeordnete Hauptlehrer Hofmeier, eine Persönlichkeit, die auch wir achten, da er als alter „Hörtschülter“ zu denen gehörte, die von je Demokraten waren. Aus unserer Kenntnis der Geschichte des Badischen Lehrervereins heraus dürfen wir deshalb hoffen, daß überall dort, wo um eine freie Volksschule und um eine freie Volksschullehrerschaft gekämpft wird, auch der Gegenwärtige Obmann der badischen Volksschullehrerschaft zu finden sein wird. Und wenn jünger in einem bestimmten Falle es leider unmöglich war, einen Wunsch des Bad. Lehrervereins zu erfüllen, so lag darin ganz sicher keine persönliche Stellungnahme der Sozialdemokratie gegen Herrn Hofmeier. Auch wenn heute, im neuen Staat, die Volksschule und die Volksschullehrerschaft nicht alle jene Ziele erreicht haben, die im Programm des Deutschen Lehrervereins stehen und die dem Schulprogramm der Sozialdemokratie ähnlich sind wie ein Bruder dem andern, dann ist es wahrhaftig nicht die Schuld der deutschen Sozialdemokratie, sondern anderer Mächte, anderer Parteien, aller kapitalistischen Parteien, die ein Interesse daran haben, die Schule der Jugend des werktätigen Volkes niederzulassen. Aber es wäre übertrieben, wenn man sagen würde, die neue Zeit, die neue Zeit, habe der Volksschule nichts gebracht. Wohl steht am Horizont der deutschen Volksschulentwicklung der bestmögliche Entwurf zu einem Volksschulgesetz, den zu bekämpfen eine Aufgabe der Sozialdemokratie, oder jenes zu stolpern. Was die „D. L.“ war, wollte er der Vergangenheit anheimstellen. Also gewiß eine sehr bequeme Methode, über Unlieblichkeiten hinwegzukommen. Was die „D. L.“ ist und sein soll, fand die Verantwortung darin, daß sie in politisch und neutral ist und sich den jeweiligen Verhältnissen anpaßt. Also heute wird republikanisch gehandelt, morgen monarchistisch gehandelt — wie's grad trefft! Dieser bodenlose Standpunkt der D. L. wurde von Gruppenvertreter des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Dr. Ochs-Eitlingen in der Diskussion gegenüber dem Deutschen zum Weilen, und hob ihre Entwicklung von einer freiheitlichen Organisation bis zu einem monarchistisch-militärischen Gebilde hervor. Der Verfasser, den Dr. Ochs ermahnt, bewies, daß seine Ausführungen nicht ohne Grund blieben. Etwas sonderbar mutete aber an, daß ein politisch organisierter Arbeiter und dazu noch

die, so wir können sagen, eine Aufgabe aller wahren Demokraten ist, die unter Demokratie das gesamte Volk und nicht die Machtansprüche einzelner Volksgruppen verstehen. Aber auf der anderen Seite hat die Weimarer Verfassung doch auch der Schule und den Lehrern manche Fortschritte gebracht; es sei nur erinnert an die Durchführung des Rechtes der Gewissensfreiheit auch für den Lehrer und an die wissenschaftliche Vorbildung der Lehrerschaft, die nun bald durch Reichsgesetz einer Regelung entgegengeführt werden soll. Sie hat weiterhin auch der Lehrerschaft ein Mitspracherecht gegeben; sie hat ihr in den Dienststellenausschüssen ein Mittel an die Hand gegeben, das, im sozialistischen Gedanken des Koalitionsrechts gebunden, sie nicht mehr ausgeliefert sein läßt an irgendwelche Machtgelüste einer irgendwie gearteten Bürokratie. Wir gehören als Sozialdemokraten nicht zu denen, die diese Rechte in ihrer heutigen Form übersehen; wir wissen sehr wohl, daß auch hier noch so manche Lücke haftet; aber immerhin, gegenüber den Zuständen des alten Staates ist es ein Fortschritt, und es liegt nicht zuletzt an der Lehrerschaft selbst und insbesondere an ihrer politischen Mitarbeit, auch noch diese Lücken auszufüllen und eine Schulverfassung zu schaffen, die den Ausgleich zwischen Autorität und Arbeit wirklich vollzieht.

Eine Gruppe auf diesem Wege der fortschrittlichen Entwicklung sind vor allem die Lehrertagungen. Und der Politiker tut gut daran, den Pulsschlag des Lebens, der hier zum Ausdruck kommt, recht deutlich zu beobachten und zu beachten. Aus diesem Grund begrüßen auch wir, als Organ des werktätigen Volkes in Stadt und Land, die heute in Karlsruhe zusammentretende Vertretung der Lehrerschaft. Wichtige und bedeutungsvolle Fragen hat sich die badische Volksschullehrerschaft für ihre Tagung gestellt; und es muß besonders betont werden, daß das Hauptgeleit aller dieser Fragen nicht so sehr auf die eigentlichen Ständesinteressen der Lehrerschaft gelegt ist, sondern daß es Probleme moderner Schulentwicklung sind. Trotz der untröstlich vorhandenen großen wirtschaftlichen Not gerade in Lehrerschaft, die in allererster Reihe leiden unter den unsozialen und ungerechten Härten der Reichsbesoldungsordnung, wie sie besonders in dem für Volksschullehrer wichtigen Dreiklassenstufen zum Ausdruck kommt, trotzdem diese wirtschaftlichen Fragen je sehr brennend sind, hat die badische Lehrerschaft in den Mittelpunkt ihrer Beratungen wichtige Fragen der Schulreform gestellt; ein Zeichen dafür, daß in der Lehrerschaft auch heute jener Idealismus lebt, der allein imstande ist, nicht das Gegenwärtige zu bauen, sondern die Zukunft zu bauen. Denn nur wer die Zukunft will, der hat sie! Solange die badische Volksschule diesen Willen hat, sich emporzuarbeiten, gegen alle Widerstände einer reaktionären, konterrevolutionären, unerbittlichen, fernen Vergangenheit, solange sie innerlich auch wirklich lebendig ist in ihrer Lösung vorwärts und Aufwärts! — Solange und genau so stark wird sie auch in den Kreisen des Klassenbewußten werktätigen Volkes auf Mitarbeiterkraft und Verständnis in ihrem Streben rechnen können. Denn auch das sozialistische Volk bekennt sich zum Genossen, das aus dem Dunkel ins Licht strebt. In diesem Sinne rufen auch wir, die in Karlsruhe versammelten Gewerkschaft der badischen Lehrer zu ihrer Tagung ein herzliches Willkommen auf!

Frage man vom allgemeinen staatsmännlichen Standpunkt aus, ob eine Vorbereitung der Koalitionsbasis im Inneren von unserem Vaterlande liegt, dann müßte sie bejaht werden; sie sei auch vom Zentrum bejaht worden und werde auch heute noch bejaht. Allein solange die Partei des Herrn Weimere eine Haltung speziell in Berlin einnehme, wie sie diese in der jüngsten Zeit wieder gezeigt habe, müßte man die Heberzeugung bekommen, daß der große vaterländische Gedanke bei bestimmten allgemeinen politischen Schritten nicht unbedingt an erster Stelle stehen und die Zurechtweisung muß eine so sichere sein, daß man auf sie in allem bauen könne.

Mit dieser Ansicht dürfte der Führer des badischen Genossenschafts die allgemeine Auffassung ziemlich richtig interpretiert haben.

• Eine neue Bauernvereinsung. Wie der „Bad. Volksblatt“ erzählt, fanden sich dieser Tage in Dirlach eine Anzahl Kleinbauern aus verschiedenen Bezirken des Landes zusammen und gründeten den „Badischen Bauernvereinsverband“. Zum Präsidenten wurde Hans Keller aus Durlach gewählt. Die Mitglieder des neuen Verbandes setzen sich in der Hauptsache aus Kleinbauern zusammen, die bisher im Badischen Bauernvereins organisiert waren, der nach ihrer Meinung aber die Kleinbauerninteressen nicht genügend vertreten habe.

• Fremdenkontrolle. Gegenüber Klagen über die angeblich überflüssige Fremdenkontrolle in den Hotels wird in der „Karlsruher Zeitung“ darauf hingewiesen, daß der Ausländerverkehr im Inneren Deutschlands ein wesentlicher Faktor für das Gedeihen der Hotelpreise sei. Ganz abgesehen davon zeige sich bei Ausländern immer wieder das Bestreben, die in Deutschland maßgebenden politischen Verhältnisse auszunutzen, um im Ausland weniger zu bezahlen, als in Deutschland. Diese Haltung, so heißt die Aufschrift, nicht aufzubringen vermögen, hat sich damit abgefunden, daß er entsprechend behandelt wird. Zu diesem Zweck werden auch weiterhin Polizeikontrollen durchgeführt werden, namentlich es bei denjenigen, die ihren Wehr lieber an Ausländer als an Deutsche verkaufen, festzusetzen. Insofern hervortritt, — Insofern Wissen richten, die die Wehr werden nicht gegen die Kontrolle an sich, sondern gegen die Art, wie sie von manchen damit beauftragten Beamten durchgeführt wird. Und hier wäre etwas mehr Takt, Gerechtigkeit und gute Erziehung bei den betr. Beamten manchmal wirklich vonnöten.

## Gemeindepolitik

• r. Wahlen. Die letzten Samstag stattgefundenen Bürgermeierwahlen verliefen ergebnislos. Es erhielten der alte Bürgermeister H. H. H. 24 Stimmen, der Kandidat der bürgerlichen Parteien Emil Stiefel 11 Stimmen und der sozialdemokr. Kandidat Gen. Adolf Bohner 19 Stimmen.

• Wahlen. Aus dem Gemeinderat. Die in der letzten Sitzung erlangten beiden Vertreter des Wohnungsausschusses als Vertreter, Adolph Wagner und Christian Müller haben dieses Amt nicht angenommen. An deren Stelle wird ernannt Guntar Wolf W. L. B. Bierbrauer und Jakob Friedrich Wagner 4. Gemeinderat. Als Vertreter der Verordneten bezog. Mentzen empfängt bei der Entscheidung von Anträgen gemäß Gesetz über Nationalenmaßnahmen von der Unterbringung von Verordneten der Sozialdemokr. und Angehörigen der Sozialdemokr. Partei 1921 wurde Gemeinderat H. H. H. bestimmt. Kaiserlicher Herrmann erhält für Neuauflage der Gemeindepolizeiangelegenheiten eine einmalige Vergütung von 300 M. Nationalrechnung 1920/21 eine Vergütung von 1700 M. — Von einigen Verordnungen des Bezirksamtes, sowie der Einleitung des Gefangenen-Sängerbundes Wöhringen zu dem am Sonntag, den 9. April 1922, nachmittags 1 Uhr, in der Kirche zu Wöhringen stattfindenden Wohltätigkeitskonzert zugunsten des Denkmal für im Weltkrieg Gefallenen, wird Kenntnis genommen. — Zur Abhaltung einer Viehräumung im Amtsbezirk werden in Bretten ein Beitrag von 208 M. aus der Gemeindefasse begehrt. — Ein Gesuch um Zulassung zum angehenden Bürgerrecht wird genehmigt. — Zur Verteilung des Gemeindefolges wurde eine Kommission gebildet, die besteht aus: 1. Bürgermeister Wagner, 2. Gemeinderat Goppelsröder, 3. Gemeinderat Wagner und 4. Gemeinderat Lotz.

## Der vergnügte Beamte

Es ist nicht auszukübeln; so vergnügt war der Beamte noch nie! Sein Gesicht strahlt heller und leuchtender als die schönsten neuen Scheinwerfer am Auto eines Stiebers.

Allein schon die Freude, jeden Tag, wachen, nein, monatelang in den Zeitungen zu lesen, daß sein Gehalt oder seine Steuerungszulage erhöht wird, daß Wirtschaftsbefehlissen wie Pilze aus dem Boden schießen, leidet er ungenügend aufzuwachen werden. Kein Tag vergeht ohne freudige Andacht. Wenn einmal keine Nachricht darüber kommt, daß ausgerechnet er, so doch sicher, daß sich irgend ein Anschlag damit befaßt hat oder daß ein Spitzengehälter neue Vor schläge eingereicht hat oder daß ein Referentenentwurf im Ministerium ausgefertigt wird. Daß die Beamten sind einige Veranlassungen hat, über die zu berichten ist, etwa daß die Gehaltsempfänger der Gruppe A oder B weniger Einkünfte fassen, Eingaben entgegen, Telegramme abgeben haben. Außerdem folgen ununterbrochen Reichstag und Landtag in dieser Sache und schiden Relativberichte oder Briefschaften oder das Telefonat unserer Berliner Redaktion meldet dies und das. An anderen Tagen erzählt der Beamte zu seiner ungenügenden Freude, daß eine Stadt in die Dreiklassen A übergegangen ist und daß ein Bauernhof nach D eingereicht wurde.

Wohr nicht genug damit, daß die Presse Tag für Tag die wackersten Mäntel der Begebenheiten meldet, auch die Behörden haben nichts anderes mehr zu tun als ihren Beamten möglichst oft Freude, Freude, Freude, diese mit Recht so beliebte Tochter aus Elymum, ins Haus zu schicken.

Da gibt es im Ministerium, nun, sagen wir mal im Unterrichtsministerium eine Abteilung, die nennt sich Zentralverrechnungsbüro. Die ist mit nichts anderem tagaus tagein beschäftigt als alle jene schönen Dinge, jeweils zurückdatiert auf r. Monat, Jahre, Jahrhunderte, Jahrtausende auszurechnen; bis auf die Dezimalstellen. Besagte Behörde ist ungenügend fleißig; im Tag werden von etwa 12000 unterstellten Beamten dort mindestens ein halbes Dutzend per Rechnungserleidigt. Ist eine solche Anweisung erledigt, so wendet sie einerseits an die Landesverrechnungsbüro, andererseits auf das Kreisverrechnungsbüro. Dies geschieht — mit Dienstmarken beliebt — an den Oberlehrer — Mal — zur weiteren Eröffnung, nachdem Eingang und Ausgang (siehe Gott!) geklärt sind. Der Oberlehrer eröffnet die Anweisung den einzelnen Beauftragten, diese unterzeichnen, geben sie dem Oberlehrer zurück, dieser sendet sie über das Kreisverrechnungsbüro an das Kreisverrechnungsbüro, also die dem Zentralverrechnungsbüro gehend laut Weimarer Verfassung dem Beamten zur Einsicht weiterzuführen. Gehematen werden also keine mehr gefürdet.

Der Beamte ist quatschvergnügt.

## Jugend und Sport

• Ein „großer Tag“ der Deutschen im Altland. Die Gausleitung des Gauess Karlsruhe der deutschen Turnerschaft, hatte kürzlich ihre Vereine des Altlandes zu einer öffentlichen Versammlung nach Ehrenrot eingeladen, um die treuegebliebenen Anhänger wieder etwas aufzuwecken. Und dies war nötig, denn im Laufe des letzten Jahres hat so mancher Verein der Deutschen ein „Lins geschwundt“ vollzogen und sich dem Arbeiter-Turn- und Sportbund angeschlossen. Neben einer großen Anzahl von Deutschen hatten sich auch einige Anhänger der freien Turnvereine eingefunden. Gauvertreter Schmidt von den Deutschen war als Referent ausgetreten. Außer organisatorischen Fragen behandelte er das Thema: „Was war die deutsche Turnerschaft, was ist sie und was soll sie sein.“ Es war für den Referenten schwer, diese Fragen so zu behandeln, ohne über die

aber inhaltreichen Vorpruch getan. Unsere Leser sind über die Lebensumstände dieses Volksmannes auch sonst informiert. Er war zu einer Zeit der bestbelebte politische Redner Berlin, und sein Biograph Dr. Gaedke schreibt von ihm: „Sein Bild hing in allen Häusern und in den Schulen, und die Amtshauptmannschaft Chemnitz suchte den gefährlichen Agitator dadurch unschädlich zu machen, daß sie ihm auf zwei Jahre das Verweilen in 9 Ortschaften in Chemnitz-Land untersagte.“ Weniger bekannt dürfte sein, daß es Rosenow war, der unter dem Namen Besse redivivus das bekannte Geschichtsbuch von Besse „Allgemeine Geschichte des Preussischen Volkes bis zum Tod Wilhelm I.“ fortsetzte und zu Ende brachte. Der Wohlstand dieses außerordentlich talentierten, sich auch in allen Fragen zurechtfindenden Proletariats lautete: „Aus dem Dummheit geht

## Theater, Kunst und Wissenschaft

• Die Frauen der Finanzminister. Dem diese Männer haben doch ordneten sich viel Frauen! Dem diese Männer haben doch früher vorher ihre Frauen gefragt, ob 1000 Mark im Jahr für eine Frau reichen. Und wenn eine Frau Minister damit auskommt, dann müssen doch auch die ihr unterstellten Beamten Frauen damit auskommen!

Und ich habe mir — natürlich ganz heimlich — fest vorgenommen, in einem späteren Leben nur eine Ministerin zu heiraten!

• Die Frauen der Finanzminister. Dem diese Männer haben doch ordneten sich viel Frauen! Dem diese Männer haben doch früher vorher ihre Frauen gefragt, ob 1000 Mark im Jahr für eine Frau reichen. Und wenn eine Frau Minister damit auskommt, dann müssen doch auch die ihr unterstellten Beamten Frauen damit auskommen!

Und ich habe mir — natürlich ganz heimlich — fest vorgenommen, in einem späteren Leben nur eine Ministerin zu heiraten!

• Die Frauen der Finanzminister. Dem diese Männer haben doch ordneten sich viel Frauen! Dem diese Männer haben doch früher vorher ihre Frauen gefragt, ob 1000 Mark im Jahr für eine Frau reichen. Und wenn eine Frau Minister damit auskommt, dann müssen doch auch die ihr unterstellten Beamten Frauen damit auskommen!

Und ich habe mir — natürlich ganz heimlich — fest vorgenommen, in einem späteren Leben nur eine Ministerin zu heiraten!

aber inhaltreichen Vorpruch getan. Unsere Leser sind über die Lebensumstände dieses Volksmannes auch sonst informiert. Er war zu einer Zeit der bestbelebte politische Redner Berlin, und sein Biograph Dr. Gaedke schreibt von ihm: „Sein Bild hing in allen Häusern und in den Schulen, und die Amtshauptmannschaft Chemnitz suchte den gefährlichen Agitator dadurch unschädlich zu machen, daß sie ihm auf zwei Jahre das Verweilen in 9 Ortschaften in Chemnitz-Land untersagte.“ Weniger bekannt dürfte sein, daß es Rosenow war, der unter dem Namen Besse redivivus das bekannte Geschichtsbuch von Besse „Allgemeine Geschichte des Preussischen Volkes bis zum Tod Wilhelm I.“ fortsetzte und zu Ende brachte. Der Wohlstand dieses außerordentlich talentierten, sich auch in allen Fragen zurechtfindenden Proletariats lautete: „Aus dem Dummheit geht

Von vielen Leuten wird die Komödie von dem „Kaiser Rompe“, die leider eine fatale Nachwirkung mit dem „Biberpel“ nicht verleugnen kann, nicht für das beste Werk des Arbeiterdichters gehalten, sondern das soziale Drama „Die im Schatten leben“, das 1912 in Stuttgart mit starkem Beifall aufgeführt wurde, und das heute sein soll, was nach den „Beber“ Hauptmanns in der Art geschrieben ist. Vielleicht besetzt uns die Volkshörigkeit auch einmal dieses Werk. An der Komödie ist vor allem der Umstand zu loben, daß Rosenow es vermieden hat, die Charaktere karikaturistisch zu überzeichnen und die Gegenstände tendenziös auszuschlagen. Diese Enthaltbarkeit muß von dem sozialdemokratischen Politiker hoch anrechnen; man erkennt daraus, daß Rosenow nicht nur zielbewußter Parteilinmann war, sondern sich auch auf die Finessen reiner Menschlichkeit stellen konnte, wo alle Gegensätze vom Lichte höheren Verstandes überglänzt erschienen.

Der Theaterzettel weist eine größere Anzahl Personen auf. Woran steht der lösslich gezeichnete wasserhelle Gemeindeführer, dem Herrn Ulrich v. d. Zrenka-Hilrics 12-jährige Beobachtungsjahre eine drahtliche Verführung gab. Neben der Frau Gmischer der Frau Franendorfer und der vollen bismarckischen Frau des Hrl. Center zeichneten sich durch Sumar und Realist noch aus Herr G. G. G. als Gemeindeführer, G. G. G. als Frau Seifert und A. M. M. als Frau Schönberg. Das Kapitalistenehepaar Meubert hatte Frau P. P. und Herr G. G. G. mit lösslich wahrheitsgetreuen Farben aus. Prachtvoll charakterisierte Herr P. P. P. den vollstättigen Gendarmen, und Herr Brand den Briefträger. Daneben machte Herr Paul Müller seinen buchtigen Gefellen Reumertel zu einer geschlossenen Figur von eigenartigem Reiz. Auch die übrigen Rollen waren gut vertreten und halfen dem von Herrn Kienitz mit sicherem Maß für komische Wirkung inszenierten Werk zu einem durchschlagenden Erfolg. Man darf sagen, daß jedermann das Theater in guter Laune und hochbefriedigt verließ.



... Messerheld. Durch einen Messerstich in die linke Brustseite wurde in der Nacht vom Samstag auf Sonntag früh gegen 2 Uhr ein Elektrikmonteur aus Majstat in der Göttingerstraße hier durch einen unbekanntem Täter lebensgefährlich verletzt.

**Großfeuer**  
Gestern abend gegen 7 Uhr entstand in der Revisionswerkstätte des Postbahnhofs in der Stapellenstraße hier vermutlich durch Kurzschluss ein Brand. Die Werkstätte, die aus Holz hergestellt, etwa 25 Meter lang und 8 Meter breit, ist zum größten Teil abgebrannt. Außerdem wurden zwei Motorwagen, die unmittelbar neben der Werkstätte standen, vom Brand befallen. Der Ausbruch des Feuers erfolgte im fogen. Sandlagerraum, in welchem Öl, Petroleum, Benzin, Pulver, Schießpulver usw. aufbewahrt war. Die Feuerwache erschien zuerst am Platze und da angenommen war, daß auch die nebenstehenden Schuppen vom Feuer erfaßt werden könnten, wurde außerdem die 1. Kompanie der freien Feuerwehr alarmiert. Der Schaden, dessen Höhe noch nicht genau festgestellt werden konnte, ist bedeutend. Beim Herausfahren von Motorwagen, die in der Werkstätte standen, ist der verheiratete Arbeiter Lud. W. in Höhe von hier dadurch verunglückt, daß er in einen der Werkstätte befindlichen Bagenerreignungsapparat fiel und sich dadurch einen Rippenbruch zuzog. Der Verunglückte wurde mittels Krankenautos nach dem hies. Krankenhaus gebracht.

**Valuta-Bericht vom 8. April**  
Die Mark notierte heute in der Schweiz circa 170 Gfr. Auszahlung Holland notierte circa 116.40 M. per holl. Gulden. Schwiz notierte circa 59.75 M. per schw. Fr. England notierte circa 135.6 M. per Pf. Stiel. Frankreich notierte circa 28.05 M. per frz. Fr. Newyork notierte circa 307.25 M. per Dollar.

**Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 10. April**  
Voranschauliche Witterung: Vorübergehend heiter, trocken, unter Tag wärmer, dann wieder Trübung, erneut Regen und sehr mild.

**Wasserstand des Rheins**  
Schäferinsel 800, geht 33; Reß 390, geht 58; Maxau 557, geht 47; Mannheim 502, geht 25 Zentimeter.

**Kleine Nachrichten**  
Magdeburg. Auf den Abendzug der Kleinbahn Halle-Magdeburg wurde ein Überfall verübt. In einem Abteil der 2. Klasse sitzenden Reisenden Frau Dr. Netze, Frau Schulz und ein junger Mann namens Köpfer wurden von Mörnern erschossen. Der Täter des Mordes konnte nicht ermittelt werden. Der Täter ist nicht bekannt.  
Mitterfelde. Hier hat ein 20jähriger junger Mann namens Müller seine Mutter und seine Schwester durch Beilohbe tödlich verletzt, weil sie seine Forderungen nach Geld, die seit längerer Zeit immer größer wurden, nicht mehr erfüllen konnten. Der Täter war, als die Polizei erschien, mit dem Beil bewaffnet. Mutter und Tochter mußten nach einem Krankenwagen überführt werden.  
Osnabrück. Wie berichtet wird, hat die ehemalige Kaiserin Sina von Österreich beim Bundesrat Schritte eingeleitet, damit ihr einestelltes, mit ihren Kindern auf Schloss Wartegg bei Rapperswil Wohnung zu nehmen.

**Letzte Nachrichten**  
**Gegen den Lebensmittelwucher**  
Die Sozialdemokraten haben im preussischen Landtag folgende Anfrage eingebracht:  
Die Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung von Vieh, Fleisch, Milch und Kartoffeln sowie der Abbau der Getreideerzeugung zum Umkreisverfahren bei Brotgetreide haben eine wesentliche Wirkung ausgeübt.  
Wiederum wurde das Wasser- und Schieberwesen in Preußen, das es dem größten Teil der Bevölkerung kaum möglich war, ihren Lebensmittelpflicht zu decken. Alle Versuche gegen den Wucher und Kettenhandel haben keinen Erfolg gehabt.  
Trotz einer im allgemeinen zufriedenstellenden Ernte an Brotgetreide genügend vorhandener Mengen an Kartoffeln und Milch ist eine geradezu beängstigende Knappheit und Preissteigerung eingetreten. Gleichfalls steht fest, daß die für die Lebensmittelversorgung eingesetzten amtlichen Organe nicht die notwendige Sorgfalt an den Tag gelegt haben.  
Um dieser zur Bereinigung des Volkes führenden Erscheinung entgegenzuwirken, wird die Frage gestellt:  
Was gebietet das Staatsministerium zu tun,  
1. um das derzeitige wucherische Treiben auf dem Lebensmittelmarkt zu beseitigen und

2. was für Vorkehrungen sind getroffen, um die nächste Ernte in gerechter Weise der Bevölkerung zuzuführen.

**Freigabe der Mehleinfuhr**  
Berlin, 8. April. Es wird folgendes bekanntgegeben: Nachdem sich in letzter Zeit ergeben hat, daß der Preis für ausländisches Mehl zum Teil billiger als der für einheimisches ist, ist die Einfuhr von Weizen- und Roggenmehl aus dem Auslande bis auf weiteres zugelassen worden. Für diese Einfuhr bedarf es einer besonderen Einfuhrbewilligung nicht mehr. Die Zollbehörden werden entsprechend angewiesen werden, das Mehl hereinzulassen.

**Deutscher Beamtenbund**  
Der dritte Bundesstag des Deutschen Beamtenbundes beendete am Samstag nachmittag seine Tagung. Die vom Sitzungsaussschuß vorgelegten neuen Satzungen fanden Annahme. In § 1 wird erneut betont, daß der Deutsche Beamtenbund die Aufgabe habe, unter Wahrung parteipolitischer und konfessioneller Neutralität die rechtlichen, wirtschaftlichen und beruflichen Interessen seiner Mitglieder zu schützen und zu fördern. Auf Antrag des Reichsverbandes der Polizeibeamten ist in den Satzungen ausdrücklich festgelegt worden, daß für die Beamten der Polizei der Streik in seiner Form möglich sein könne. Einmütig wurde eine Entschließung folgenden Wortlauts angenommen:

„Der dritte Bundesstag des Deutschen Beamtenbundes erhebt entschiedenen Einspruch gegen die in den letzten Wochen zu Tage getretenen wucherischen Preissteigerungen auf allen Gebieten. Angesichts der neuerlich unerfüllbaren Reparationsforderungen muß diese geradezu wucherische Ausnutzung der Notlage der wirtschaftlich schwachen Arbeiter- und Verbraucherschichten durch die eigenen Volksgenossen als ganz besonders verwerflich bezeichnet werden. Die vom Deutschen Beamtenbund vertretenen deutsche Beamtenchaft, die nach wie vor bereit ist, Regierung und Volk bei den aus der verheerenden Lage Deutschlands entstehenden Aufgaben durch Erfüllung ihrer dienstlichen und staatsbürgerlichen Pflichten zu unterstützen, verlangt auf der anderen Seite, daß die wirtschaftlichen und steuerlichen Lasten in gerechter Weise auch auf die Schultern der bestehenden Schichten gelegt werden, und daß Regierung und Parlament sowie alle Verwaltungs- und Vollzugsorgane mit äußerster Entschiedenheit gegen Wucher und Schiebertum, Kapital- und Steuerflucht vorgehen. Insbesondere fordert der Bundesstag im Sinne der vom Bundesvorstand der Reichsregierung vorgelegten Anträge: Abschaffung und Ausbau des Umkreisverfahrens für Getreide, Einführung des Umkreisverfahrens für Kartoffeln des Erntejahres 1922 sowie härtere Heranziehung der organisierten Beamtenchaft zu der Vorbereitung und Durchführung wirtschaftspolitischer Maßnahmen neben den übrigen Arbeitnehmer- und Verbraucherorganisationen.“

**Zu der Haftentlassung des Münchener Rechtsanwalts Dr. Müller**  
erklärte nach einer Meldung des „Tageblattes“ die Staatsanwaltschaft in Offenburg, daß Müller nach wie vor verdächtig sei, in strafbarer Absichtung zu dem Erzbergwerksdirektor Tillesen gestanden zu haben und daß seine Haftentlassung lediglich wegen eines lebensgefährlichen Unfalls seines Vaters erfolgte.

**Internationale Studentenkonferenz**  
In Leipzig wurde am Samstag vormittag die internationale Studentenkonferenz, zu der Vertreter aus etwa 15 Ländern erschienen waren, im Senatssaal der Universität feierlich eröffnet. Als Vertreter der Reichsregierung waren Reichsminister des Innern Dr. Köpfer und Staatssekretär Schulz erschienen. Der Vorsitzende des Auslandsamts der Deutschen Studentenschaft, Zimmermann, betonte in seiner Begrüßungsansprache, die Organisation halte sich fern von Politik und wolle sich nur der Arbeit widmen. Er erklärte, er führe diesen Auftrag gern aus, weil er der Überzeugung sei, daß aus den Menschen und Geisteskräften, die in diesem Saal versammelt sind, viel mehr zu tun sei, als aus den Konferenzen von hohen Herren. Er hoffte, daß die zukünftige Zusammenarbeit Europas herauskommen könne, als aus den Konferenzen von hohen Herren. Nichts sei wichtiger für die Zukunft Europas, als wenn die zukünftigen geistigen Führer der Länder sich schon in jungen Jahren zusammenfinden. Wenn auch in jedem Lande die Studentenschaft der erste Träger des nationalen Gedankens sei, so müsse ohne anwendungslose und ohne überflüssige Zusammenarbeit die wirtschaftliche ebenso wie die geistige Zukunft aufkommen können.  
Die Konferenz nahm gestern folgende Entschließung an: Die Teilnehmer an der Leipziger internationalen Studentenkonferenz halten es für ihre Pflicht, den in schwerer Not befindlichen russischen Studenten mit allen Kräften zu helfen. Sie sind bereit, Hand in Hand zu arbeiten. Neben dem Weg der Zusammenarbeit werden die Organisationen unmittelbar miteinander verhandeln.

**80. Geburtstag Greulichs**  
Die Schweizerische Sozialdemokratie und die Gewerkschaften feierten am gestrigen Sonntag den 80. Geburtstag von Arbeitersekretär Greulich, der am 9. April 1842 in Breslau als Sohn armer Weberleute geboren wurde. Nach Vollendung seiner Berufslehre als Buchbinder und nach längerer Wanderung durch Deutschland und Oesterreich kam Greulich 1867 nach Zürich, wo er bald mit den hervorragendsten Führern der sozialdemokratischen Internationale in Fühlung trat und zuerst erster Redakteur des neugegründeten sozialistischen Blattes „Tagewacht“ war; 1887 wurde Greulich zum Schweizerischen Arbeitersekretär ernannt, welches Amt er heute noch inne hat. 1902 trat er in den Nationalrat ein.

**Sozialdemokratie und technische Nothilfe**  
Im Reichsstat sind Mittel für die Unterhaltung und Ausrüstung der Technischen Nothilfe angefordert worden. In der Sitzung des Reichstags vom vergangenen Freitag gab die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch den Genossen Wolfenbühler folgende Erklärung ab:  
Die sozialdemokratische Fraktion hat im vorigen Jahre gegen die für die Technische Nothilfe angeforderten Mittel gestimmt, weil sie der Auffassung war, daß die T. N. durch Maßnahmen überflüssig gemacht werden muß, die die Gewerkschaften zur Verrichtung der Nothstandsarbeiten in lebenswichtigen Betrieben sachgemäß zu treffen haben. Sie glaubte damals ermarken zu dürfen, daß bis zur Vorlegung des neuen Etats ein Einverständnis zwischen den Gewerkschaften und der Reichsregierung darüber erzielt werden würde, wie bei Konflikten in lebenswichtigen Betrieben zwischen den Interessen der Allgemeinheit und den Interessen der ihr Streikrecht gebrauchenden Arbeiter ein beider Teilen gerecht werdender Ausgleich zu finden ist.  
Vereinbarungen dieser Art sind bisher nicht zustande gekommen. Das hat zur Folge, daß die Regierung auch im vergangenen Jahre den Einsatz der T. N. im Interesse der Allgemeinheit wegschickte für unerlässlich hielt, weil noch keine Aufstellung nur so großer Schäden abgewendet werden konnte. Die sozialdemokratische Fraktion verkennt nicht, daß sich die Regierung gewissermaßen in einer Zwangslage befand, wenn sie die T. N. einsetzen zu müssen glaubte.  
Die sozialdemokratische Fraktion hofft aber, daß die Verhandlungen, die zurzeit in den Gewerkschaften über die bei Arbeitskonflikten in lebenswichtigen Betrieben zu treffenden Maßnahmen geführt werden, bald ein Ergebnis zeitigen, das auf der einen Seite die Interessen der Allgemeinheit wahrt und auf der anderen Seite verhindert, daß unter dem Decknamen „Nothstandsarbeiten“ Anordnungen getroffen werden könnten, die die Interessen der Streikenden schädigen, ohne der Allgemeinheit zu nützen. Die sozialdemokratische Fraktion ist der Überzeugung, daß die Gewerkschaften ebenso sehr den guten Willen haben, wirkliche Nothstände zu beheben, wie sie das Recht haben, sich gegen die T. N. zu wehren, die ihrer ganzen Gestaltung nach in sich die Tendenz trägt, den Streikbruch zu schüren. Die sozialdemokratische Fraktion hält daran fest, daß die mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften zu treffenden Vereinbarungen über den Begriff der Nothstandsarbeiten in unzweifelhaft lebenswichtigen Betrieben und über die Leistung der Nothstandsarbeiten in solchen Betrieben, die die T. N. überflüssig machen müssen. Sie stimmt für die in den diesjährigen Etat in Kapitel 12 angeforderte Summe, lehnt aber die unter „technischen Ausgaben“ angeforderten Mittel ab. Sie will mit dieser Ablehnung vor allem zum Ausdruck bringen, daß sie gegen jede weitere Ausdehnung der T. N. ist, die ihrer Aufstellung nach im Interesse der Arbeiter zu einer dauernden Einrichtung niemals werden darf.

**Abtransport der Amerikaner**  
Die „Abn. Ausb. Anst.“ in Berlin hat auf Befehl des amerikanischen Hauptkonsuls in Berlin die Aufhebung des amerikanischen Militärgesängnisses angeordnet. Die deutschen Häftlinge werden den deutschen Behörden überlassen. Ebenso gehen die Bauleistungen wieder in deutsche Verwaltung zurück. In Zukunft werden neu verhaftete Zivilpersonen ebenfalls den deutschen Behörden ausgeliefert. Am Samstag nachmittag haben, wie bereits angekündigt, zwei Transportszüge mit amerikanischen Soldaten den Rhein verlassen.

**Abrüstung zur See**  
Washington, 9. April. Die Marinevorlage, die die Bestimmungen des Washingtoner Vertrages über die Abrüstungen zur See ausführt, schlägt eine Gesamtausgabe von 233 Millionen Dollar vor, das sind 181 Millionen Dollar weniger als im Jahre 1921, angefordert wurden. Die Zahl der Rekruten soll von 278 auf 103 und die Zahl der Mannschaften von 85 000 auf 65 000 verringert werden.

**Plannkuch**  
Zum **Ostern**  
Schneebürsten  
Schrubber  
Fingerringe  
Stahlspäne  
Bodenwachs  
Bodenlack  
Schneefand  
Geolin  
Bajolin  
Bim  
Plannkuch

**Volks-Chor Karlsruhe-West.**  
Wir machen unseren Mitgliedern die traurige Mitteilung, daß unser langjähriges Mitglied  
**Stefan Kästel**  
gestorben ist.  
Die Beerdigung findet heute **Montag** nachmittag auf dem Mühlburger Friedhof statt. Treffpunkt für unsere Mitglieder 7 1/2 Uhr im Vereinslokal.  
Der Vorstand.

**Trauerhüte**  
in jeder Preislage stets vorrätig.  
**S. Rosenbusch, Kalsorstr. 137.**

**Erholungsheim der Stadt Karlsruhe in Baden-Baden.**  
Wieder-Eröffnung für Frauen und Mädchen am **Montag, den 1. Mai 1922.** Verpflegungsgeld täglich 30 M. für minderbemittelte Selbstzahler, 50 M. für sonstige Selbstzahler und 70 M. für öffentliche Kasernen und auswärtige, auswärtige Frauen und Mädchen können nur soweit der Platz reicht, aufgenommen werden.  
Die Anmeldungen haben persönlich zu geschehen. Sie können von **Montag, den 10. April ds. J.** an werktäglich zwischen **10 und 12 Uhr** bei uns - Verwaltungsgedäude Nr. 15 - gemacht werden, wofür selbst auch nähere Auskunft erteilt wird.  
Städtisches Krankenzentrum. 605

**Lebensbedürfnisverein Karlsruhe.**  
Die Auszahlung der Dividende erfolgt am **Dienstag, den 11. April**, vormittags von 7-12 1/2 Uhr und nachmittags von 1 1/2 bis 4 Uhr, für die Nummern der neuen Kartenbücher von 20301-21000 an unserer Kasse, Moorstraße 23, gegen Vorlegung des neuen Kartenbuchs. - Es wird dringend gebeten, Wechselgeld mitzubringen.  
3205 Der Vorstand.

**Volks-Buchhandlung**  
der Sozialdem. Partei befindet sich  
**Karlsruhe, Adlerstrasse 16.**  
Telephon 3701.

Die Auszahlung der **Dividende für 1921** findet in **Ettlingen** **Dienstag, den 11. ds. Mts.,** von **abends 5 bis 9 Uhr** im **Gasthaus zur „Krone“** statt. - Das neue **Kartenbuch 1922** ist als **Kaufpreis** vorzulegen.  
**Lebensbedürfnis-Verein Karlsruhe E. G. m. b. H.**  
Der Vorstand. 3285

**Partie-Haus**  
Eleg. Damen-Stiefel . . . Mk. 140 b. 275  
Eleg. Halb- u. Spangenschuhe 148 b. 220  
Herrn-Stiefel . . . . . Mk. 220 b. 350  
Kinderstiefel . . . von Mk. 20 an  
**Anzüge, Hosen, Joppen**  
zu sehr billigen Preisen  
**L. Brand.**  
Fahrttaghalter nicht mein Geschäft  
von Donnerstag, den 10. bis 10. April  
geschlossen.

**Durmersheim.**  
Zum 1. Mai d. J. ist die Stelle des **Filialleiters** des „Volkstreuend“ für Durmersheim neu zu besetzen. Geeignete Bewerber(innen) wollen sich alsbald bei Witz, Wenzelstraße 67 in Durmersheim melden.  
**Bruchsaler Anzeigen.**  
**Mieterverein Bruchsal**  
Beratungsfunde **Dienstag abend 6-8 Uhr** im „Kroftobit“.

**Flechten**  
Schmer am ganzen Leib  
heller, weißer  
Misch durch das weiße  
Anderer Tag u. Nacht beinlegen.  
In 14 Tagen hat Zucker's  
Patent-Medizin-Salbe das  
Obel beseitigt. Diese Salbe  
ist hunderte mal, Serp. P.  
Tage Zucker-Graue (mit  
Flechten, selbstlich) in allen  
Apotheken, Drogerien und  
Parfümerien erhältlich.

**Frische Eier**  
**la. Molke-Butter**  
**Räse (verschied.)**  
sind zu haben bei  
**Had. landw. Hauptgenossenschaft**  
Hdt. Molkeprodukte,  
Lauterbergstraße 3.

